

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Lothar Maier, Paul Viktor Podolay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/24393 –

Eine ressortübergreifende, nationale Sicherheitsstrategie erarbeiten – Den Bundessicherheitsrat zum Nationalen Sicherheitsrat ausbauen

A. Problem

Aus Sicht der Antragsteller mangelt es der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an einer kohärenten, an deutschen Interessen ausgerichteten strategischen Orientierung. Erforderlich sei eine langfristig ausgelegte nationale Sicherheitsstrategie, deren Erarbeitung ressortübergreifend erfolgen und daher organisatorisch in einer Hand liegen müsse. Dies könne durch Umstrukturierung und Ausbau des Bundessicherheitsrates zu einem Nationalen Sicherheitsrat geschehen, dessen Arbeit administrativ durch einen Nationalen Sicherheitsberater geleitet würde. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, unter angemessener Beteiligung und regelmäßiger Unterrichtung des Bundestages entsprechende Schritte in die Wege zu leiten und unter Berücksichtigung einer Reihe inhaltlicher Grundsätze eine nationale Sicherheitsstrategie für die nächsten zwanzig Jahre zu formulieren, die dem Bundestag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen sei.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/24393 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Nils Schmid, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/24393** in seiner 192. Sitzung am 19. November 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat und dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Antragsteller mangelt es der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an einer kohärenten, an deutschen Interessen ausgerichteten strategischen Orientierung. Erforderlich sei eine langfristig ausgelegte nationale Sicherheitsstrategie, deren Erarbeitung ressortübergreifend erfolgen und daher organisatorisch in einer Hand liegen müsse. Dies könne durch Umstrukturierung und Ausbau des Bundessicherheitsrates zu einem Nationalen Sicherheitsrat geschehen, dessen Arbeit administrativ durch einen Nationalen Sicherheitsberater geleitet würde. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, unter angemessener Beteiligung und regelmäßiger Unterrichtung des Bundestages entsprechende Schritte in die Wege zu leiten und unter Berücksichtigung einer Reihe inhaltlicher Grundsätze eine nationale Sicherheitsstrategie für die nächsten zwanzig Jahre zu formulieren, die dem Bundestag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen sei.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 19/24393 in seiner 129. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/24393 in seiner 82. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit dem Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/24393 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 24. März 2021

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter